

**Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt)**

**Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und der Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009**

**I. Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt)**

**1. Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) durch die Stadtbürgerschaft**

Die Stadtbürgerschaft hat den Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (Mitteilung des Senats vom 3. März 2009, Drs. 17/291 S) in ihrer Sondersitzung (22. Sitzung) am 9. März 2009 beraten und ihn sowie den Entwurf der Nachtragshaushaltspläne für das Haushaltsjahr 2009 an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) federführend überwiesen.

Die Stadtbürgerschaft hat die Entwürfe des Gesetzes und des Nachtragshaushaltsplans ferner an den davon betroffenen Ausschuss Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen überwiesen. Der Ausschuss wurde gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) zu berichten.

**2. Beratungsverfahren im Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat in seiner Sitzung am 13. März 2009 die Beratung in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschlossen. Die Ausschüsse haben unter dem Vorsitz des Abg. Röwekamp (CDU) ihre Beratungen am 13. März 2009 durchgeführt und mit der darauf folgenden Beschlussfassung über diesen Bericht abgeschlossen.

Der Vorsitzende des von dem Entwurf der Nachtragshaushaltspläne betroffenen Parlamentsausschusses und die Sprecherinnen und Sprecher der davon betroffenen Deputationen wurden zu den Beratungen eingeladen und hatten Gelegenheit, in der Ausschussberatung Stellung zu beziehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat darüber hinaus eine Übersicht der im Rahmen des Konjunkturpakets II vorgeschlagenen Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven, einschließlich Darlegungen zur Abwicklung, Berichtspflichten und Controlling erhalten und in seine Beratungen einbezogen.

**3. Bericht des Ausschusses Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat die im Folgenden wiedergegebene Stellungnahme des Ausschusses Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis genommen und auch sie in seine Beratungen einbezogen.

Der Ausschuss Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen hat folgende Unterlagen zur Kenntnis genommen:

- Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 17/291 S),

- Entwurf des Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009,
- Entwurf des Nachtragsproduktgruppenhaushalts für das Jahr 2009,
- Vorlage der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales vom 24. Februar 2009 zum „Nachtragshaushalt 2009 – Konjunkturpaket II, Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für die RKK gGmbH“ – nebst Anlagen 1, 2 und 7,
- Vorlage der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zum „Nachtragshaushalt 2009 „Konjunkturpaket II, Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für die RKK gGmbH – Projektliste, Vorschläge der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen (HBKG)“.

Der Ausschuss nimmt die im Nachtragshaushaltsplan 2009 (Stadt) unter der Titelnummer 700 40-1 aufgeführten Investitionsmaßnahmen zur Kenntnis.

## II. Beratung der Änderungsanträge der Fraktionen sowie der Entwürfe des Ortsgesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes und der Nachtragshaushaltspläne

### 1. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer Sondersitzung (22. Sitzung) am 9. März 2009 ihr Einverständnis erklärt, dass die bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingehenden Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen unmittelbar an den Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) zur Beratung und Berichterstattung weitergeleitet werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat die im Folgenden mit Kurztitel und benötigten Summen aufgeführten Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. in seiner Sitzung am 13. März 2009 beraten und jeweils eine Beschlussempfehlung für die Stadtbürgerschaft abgegeben.

| Drs.-Nr. | Kurztitel  | Benötigte Summe in €  |
|----------|--|-----------------------|
| 17/297 S | – Soziale Stadt  | 1 500 000             |
|          | – Stadtteilparlamente  | 1 500 000             |
|          | – Verzicht auf kombiniertes Einsatzboot (Titel 811 40-8 des Nachtragshaushaltsplans Stadt)               | - 3 000 000 (Deckung) |
| 17/298 S | – Kita-Außenanlagen  | 750 000               |
|          | – Schulrenovierung   | 750 000               |
|          | – Verzicht auf Science Center für lebenslanges Lernen (Titel 894 40-0 des Nachtragshaushaltsplans Stadt) | - 1 500 000 (Deckung) |
| 17/299 S | Kostenloses pädagogisches Frühstück  | 640 000               |
| 17/300 S | Vorziehen Schwerpunktmittel U3/Tagesbetreuung  | 3 800 000             |
| 17/301 S | Erhöhung Entgelt Tagesmütter   | 836 000               |
| 17/302 S | Anpassungskonzept Kinder- und Jugendarbeit   | 700 000               |

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen des Mitgliedes der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/die Grünen, der CDU und der FDP abgelehnt.

### 2. Haushaltsgesetz und Nachtragshaushaltspläne

Abschließend hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes sowie der Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 beraten und eine Beschlussempfehlung abgegeben.

- a) Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat dem Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 gegen die Stimmen des Mitgliedes der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung des Mitgliedes der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

- b) Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) am 13. März 2009 beantragt, in den Einzelplänen des Nachttagshaushaltsplans der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 zum Titel 790 40-0 mit der Zweckbestimmung „Tagesbetreuung/Ausbau U3“ den in Ergänzung zu dem allgemein für die Ausgaben nach den Einzelplänen angebrachten Sperrvermerk für diesen Titel gelgenden Vermerk wie folgt neu zu fassen:

„Vor Aufhebung der Sperre ist der Fachdeputation und dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) eine vollständige maßnahmenbezogene Darstellung der Mittelverwendung vorzulegen.“

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat den Antrag beraten und ihm einstimmig zugestimmt.

- c) Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat sodann dem insoweit ergänzten Entwurf der Nachttagshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 gegen die Stimmen des Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

### **III. Antrag und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt)**

#### **1. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) empfiehlt der Stadtbürgerschaft gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE., Drs. 17/297 S bis 17/302 S, zu dem Entwurf der Nachtragshaushaltspläne abzulehnen.

#### **2. Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 17/291 S)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) empfiehlt der Stadtbürgerschaft bei Zustimmung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen, bei Ablehnung des Ausschussmitglieds der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung des Ausschussmitglieds der Fraktion der FDP, den Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 17/291 S) zu beschließen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) empfiehlt der Stadtbürgerschaft weiterhin bei Zustimmung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Ablehnung des Ausschussmitglieds der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP, dem Entwurf der Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 mit der einstimmig aufgenommenen Ergänzung gemäß Ziffer II. 2. b) dieses Berichts zu beschließen.

Thomas Röwekamp  
(Vorsitzender)

